

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 96 (1999)
Heft: 7

Rubrik: Aus der SKOS

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Arbeitgeberdirektor: «Working Poor tun uns weh»

Mitgliederversammlung der SKOS: Walter Schmid ist neuer Präsident

Walter Schmid, Chef des Amtes für Jugend- und Sozialhilfe der Stadt Zürich, leitet neu die Geschicke der SKOS. Die Mitgliederversammlung hat ihn am 27. Mai in Bellinzona einstimmig zum Nachfolger von Andrea Mauro Ferroni gewählt. Das Phänomen der Working Poor, der erwerbstätigen Armen, störe die Arbeitgeber sagte Direktor Peter Hasler als Gastreferent: «Es tut uns weh.» Einfache Lösungen wie die 36-Stunden-Woche oder Kombilöhne seien keine Patentrezepte.

«Wasserprobleme haben bei der SKOS Tradition», musste Präsident Andrea M. Ferroni bei der Begrüssung feststellen. Die Züge aus der Deutschschweiz trafen wegen der hohen Wasserstände zum Teil mit Verspätung in Bellinzona, dem Tagungsort, ein. Eine Schifffahrt stand in diesem Jahr nicht auf dem Programm. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle mussten indes in der Woche vor der Versammlung wie in Venedig per Boot zur Arbeit ins überschwemmte Berner Matte-Quartier gondeln. Die verkürzte Kaffeepause für die mit Verspätung im Tessin Eintroffenen wog Peter Hasler, Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes, mit einem engagierten Referat zum Thema «Working Poor – wer ist verantwortlich?» auf.

«Wer ist verantwortlich ist nicht das Gleiche wie wer ist schuld?», stellte Peter Hasler zu Beginn klar. Bei diesem Problem gebe es keine Schuldigen und Unschuldigen. Die Working Poor stellten Fragen an die Gesamtgesellschaft; Lösungen könnten nur interdisziplinär gefunden werden. Der Arbeitgeberdirek-

tor gratulierte der Caritas und Carlo Knöpfel, SKOS-Geschäftsleitungsmitglied, für ihre Studie zu den Working Poor, die viel zur Klärung der Thematik beitrage. Zur Gruppe der erwerbstätigen Armen gehörten viele Selbständigerwerbende und teilzeitlich Erwerbstätige. Der überdurchschnittlich hohe Anteil der arbeitslosen Ausländerinnen und Ausländer weise auf Fehler in der Beschäftigungspolitik der Vergangenheit hin.

«Die Zukunft der Schweiz liegt nicht in Niedriglohnsektoren», betonte der Arbeitgeberdirektor. Gute, existenzsichernde Löhne könnten nur Betriebe zahlen, die Erfolg hätten und sich in einem offenen Markt gegen die Konkurrenz behaupten könnten. Bildung, Aus- und Weiterbildung hat für ihn oberste Priorität und sei eine Grundvoraussetzung für die Mobilität und Flexibilität, die der Arbeitsmarkt heute verlange. Achtzig Prozent des Wissens sei jünger als zehn Jahre, gerade umgekehrt stehe es mit dem durchschnittlich erworbenen Wissen der Arbeitnehmenden.

Die Schweiz hat seiner Meinung nach immer noch zu viele geschützte Bereiche. Dass vom Wettbewerb die Konsumentinnen und Konsumenten und gerade auch die unteren Einkommenschichten profitieren können zeige sich bei der Telekommunikation: Unter dem Druck der Konkurrenz senke die Swisscom laufend ihre Preise. Ein Ausweg aus der Working-Poor-Problematik besteht für Hasler nicht in steigenden Löhnen, sondern in der Senkung der hohen Lebenshaltungskosten in der Schweiz.

Für starke Gewerkschaften

Es gebe unter den Arbeitgebern schwarze Schafe, die aus der Unwissenheit ihrer Beschäftigten Kapital schlügen, räumte Hasler ein. Hier hätten die Gewerkschaften eine grosse Aufgabe. Ihm gefalle nicht, dass heute sehr stark auf den Gewerkschaften herum gehackt und ihre Existenzberechtigung angezweifelt werde. «Wir brauchen gute Betriebsvertretungen und Gewerkschaften», betonte Hasler. Die grössten Probleme stellten sich in jenen Branchen, wo die Arbeitnehmervertretungen schwach seien. Gezielte, befristete Eingriffe, z.B. über Minimallöhne zum Schutz der Arbeitnehmenden in besonders exponierten Sektoren, sind für ihn akzeptabel, nicht aber flächendeckende staatliche Eingriffe.

Arbeitsanreize bieten

Peter Hasler beurteilt grundsätzlich das heutige, subsidiäre System der Existenzsicherung durch die Sozialhilfe positiv – mit einem grossen Fragezeichen. Die Unterstützten sollten Anreize zum Arbeiten erhalten. Die volle Anrechnung des Arbeitseinkommens an die Sozialhilfeleistungen ist für ihn unter diesem Gesichtspunkt fragwürdig.

«Der Kombilohn, Zuschüsse für Billigarbeitskräfte, ist ein ganz falscher Anreiz für die Arbeitgeber», betonte Hasler und warnte vor dem «süssen Gift der Subventionen: Wer sie nicht nimmt, ist der Dumme». Kein gutes Haar liess er auch am System der negativen Einkommenssteuer. In den USA sei die Missbrauchsquote sehr hoch, bei 15 bis 20 Prozent.

Erwerbstätig und arm zu sein, sei für die Betroffenen ein vorübergehendes Phänomen, sagte Hasler. «Das Positive

ist: Man kann aus dem Problem herauskommen – wobei aber auch immer wieder andere neu dazu stossen.» Es sei falsch, dem Menschen jedes Leid ersparen oder abnehmen zu wollen. Ein gewisser Leidensdruck sei nötig, um Veränderungen auszulösen. Hasler schloss mit einem Dank an die SKOS und die Sozialhilfetätigen für «ihre hervorragende, fundierte Arbeit».

Walter Schmid neuer Präsident

Um das Anforderungsprofil für den neuen Präsidenten, das neue Präsidium, habe die Geschäftsleitung ausführlich diskutiert, berichtete Andrea M. Ferroni. Als Ergebnis dieses Prozesses werde Walter Schmid, Chef des Amtes für Jugend- und Sozialhilfe der Stadt Zürich, mit Überzeugung zu seinem Nachfolger vorgeschlagen. Einstimmig und mit Applaus wurde der neue Präsident in sein Amt gewählt. Walter Schmid dankte für das Vertrauen und dem scheidenden Präsidenten Andrea M. Ferroni für seine Umsicht, sein Geschick und die menschliche Wärme, mit der er den Verband geleitet habe. Das einander Zuhören und voneinander Lernen sei in der SKOS sehr wichtig. Schmid ist es ein Anliegen, den Fachverband der Sozialhilfe als Plattform für Fragen der Sozialhilfe und sozialpolitische Diskussionen anzubieten und zu Gunsten der Benachteiligten zu nutzen. Die Brückenfunktion der SKOS kommt auch im neuen Präsidium zum Ausdruck: François Mollard, Freiburg, wird als Vizepräsident die Erfahrungen und Anregungen aus der in sozialen Fragen innovativen lateinischen Schweiz einbringen.

Neu in den Vorstand der SKOS wurden gewählt: Ivo Lötscher, Vorsteher des

Walter Schmid

Dr. Walter Schmid (46) studierte in Lausanne, Zürich und an der Stanford University in Kalifornien Rechtswissenschaften und schrieb seine Dissertation zu einem rechtssoziologischen Thema. Vor seiner 1991 erfolgten Wahl zum Chef des Amtes für Jugend- und Sozialhilfe der Stadt Zürich leitete er während acht Jahren als Zentralsekretär die Schweizerische Flüchtlingshilfe. Seine umfassenden Kenntnissen der Asylpolitik und in Migrationsfragen stellte Walter Schmid seit 1991 der SKOS als Geschäftsleitungsmitglied zur Verfügung.

Walter Schmid ist verheiratet und lebt mit seiner Familie mit zwei Jugendlichen in Winterthur.

Sozialamtes des Kantons Luzern (für Othmar Aregger, Pensionierung); Dr. Michael Marugg, Fachdepartementsleiter Pro Juventute (für Katrin Buchmann, neue berufliche Aufgabe); Heidy Steffen, Bereichsleiterin Dienstleistungen Deutschschweiz der Pro Infirmis (für Michel Golliard, neue berufliche Aufgabe); Iwan Stampfli, Vorsteher des Amtes für Soziales des Kantons Uri (für Margrit Schilter, neue berufliche Aufgabe); Dr. Jörg Frieden, Chef Finanzen und Soziales im Bundesamt für Flüchtlinge (mit beratender Stimme, anstelle von Vizedirektor Urs Betschard). Zurückgetreten sind weiter Jean-Pierre Joliat, Kanton Jura, und Rudolf Michel, Stadt Basel (beide infolge Pensionierung); ihre beiden Sitze sind noch vakant.

Mit der Ehrenmitgliedschaft ausgezeichnet wurden die beiden scheidenden Geschäftsleitungsmitglieder Oth-

mar Aregger, «der Philosoph und unerschrockene Vordenker», und Theo Keller, St. Gallen, der frühere Finanzverwalter und Präsident der Kommission Aus- und Weiterbildung.

Für seine immense Arbeit bei der Erarbeitung der neuen Richtlinien wurde Geschäftsleitungsmitglied Dr. Michael Hohn, Bern, ein Richtlinienband mit einem Platindeckel überreicht. Über 11'000 Exemplare in den drei Landessprachen hat die SKOS in alle Ecken der Schweiz verschickt.

Diskussionslos wurden die statutarischen Geschäfte verabschiedet. Die Mitgliederbeiträge für das Jahr 2000 bleiben unverändert. Die Jahresrechnung schliesst bei einem Gesamtaufwand von 1'089'915 Franken nach Rückstellungen von 25'000 Franken mit einem Überschuss von Fr. 4573.45. Im Budget 2000 wird mit einem sinkenden Ertrag aus dem Verlag gerechnet, da nicht mehr im gleichen Ausmass Richtlinien verkauft werden können. Budgetiert ist deshalb ein kleiner Ausgabenüberschuss.

Mit dem Teatro del Chiodo wurde den Tagungsteilnehmenden im Anschluss an die Versammlung ein musikalisch-komisches Dessert serviert. Thomas Usteri als pedantischer und ängstlicher Bratschist und Lorenzo Manetti als frustrierter Pianist gaben in «I Ridondanti – Die Überflüssigen» ein Konzert der besonderen Art. Sie sind Meister ihres Faches, aber überzählig geworden und kämpfen nun im Auftrag des Arbeitsamtes auf der Bühne gegen die Tücken des Musikeralltags. Wenn's einmal schief läuft, läuft alles schief – Mozart und Co. werden dabei nicht wenig strapaziert, die Lachmuskeln des Publikums ebenso.

cab

Wenn Klischees ihren Dienst versagen, bleibt nur die Skizze...

Auszug aus einem unveröffentlichten Manuskript von Othmar Aregger, Luzern, und Dr. Michael Hohn, Bern, zum Rücktritt von Andrea Mauro Ferroni als Präsident der SKOS (1990–1999).

Wer mit Klischees den abtretenden SKOS-Präsidenten verabschieden möchte, wird ihm nicht gerecht. Überdies ist der Zeitpunkt für die Würdigung eines Lebenswerkes noch nicht gekommen. Wir nehmen darum Zuflucht zum Skizzenhaften und legen mit Skizzen den einen oder andern Akzent auf das Wechselspiel zwischen Verband und Verbandsleitung.

Skizze 4: Er hat den Überblick nicht verloren

Überblickt man die letzten zehn Jahre der SKOS, so sind ganz wichtige Entwicklungen auszumachen, die nicht mit blossem Reagieren auf bestehende Probleme erklärt werden können. Sie sind vielmehr das Resultat eines langen Atems, einer langfristigen Planung, einer sauberen Linie. Die Resultate konnten nur erreicht werden, weil jemand stets darauf bedacht war, dass die Pläne und Ziele unter dem Alltagsdruck und unter der unausweichlichen Verzettelung nicht in Vergessenheit gerieten. Weder die neuen Richtlinien, noch die Themen der Fort- und Weiterbildungskurse, auch nicht das Verbandsentwicklungskonzept, ganz zu schweigen von den zahlreichen Vernehmlassungen und Stellungnahmen sind aus momentanen Launen heraus oder mangels anderer Beschäftigungsmöglichkeiten entstanden. Die dahinter

liegende Philosophie wurde über Jahre hin aufgebaut, revidiert, von zahlreichen Gremien getestet, bis sie dann fast wie eine reife Frucht einfach so fast wie selbstverständlich im Körbchen der SKOS landete. Darum sei gedankt, dass Andrea Mauro Ferroni grosses Vertrauen in sich und in uns alle hatte, dass wir bei der gängigen Sozialhilfe nicht nur ein notdürftiges Face-Lifting fertig bringen, sondern gar deren Fundament erneuern können.

Skizze 5: Er war weltoffen und neugierig

Es ist wirklich nicht selbstverständlich, dass ein Mann aus den Bergen in die Ebene herabsteigt und hier nicht volkstümelnd das hohe Lied von Heimat, Freiheit und Natur singt, sondern sich klar und deutlich, manchmal unbequem für eine soziale, weltoffene Schweiz einsetzt. Die Aussenwelt – das sind in unserem Zusammenhang internationale Erfahrungen im Sozialwesen – war für Andrea Mauro Ferroni immer auch ein Teil der Innenwelt, der Sorge um die schweizerische Entwicklung. Ein Fachverband muss über den eigenen Zaun hinaus schauen und Gelegenheiten zu internationalen Kontakten nutzen. Andrea Mauro Ferroni hat sich der präsidialen Pflicht, den Verband auch im Ausland zu vertreten, gerne unterzogen. Er verfiel dabei nicht der Rolle des fidelen Schlachtenbummlers. Er hat bei solchen Anlässen als Botschafter der Schweiz im eigentlichen Sinne gewirkt und wichtige persönliche und fachliche Kontakte geknüpft. Denkwürdig waren und bleiben

sein Auftritt und seine Rede am Deutschen Fürsorgetag in Leipzig. Der SKOS-Präsident machte in seiner Rede klar, dass im internationalen Vergleich auch die Schweiz einiges zu bieten hat.

Skizze 6: Vermutlich ging es ihm und uns allen fast gleich

Auf Präsidenten sind immer grosse, meist unausgesprochene Erwartungen gerichtet. Er steht einem System vor. Solange alles gut läuft, gelten sie als gute Präsidenten. Läuft es im Verband nicht so, wie es die Mehrheit gerne hätte, ist die Ursache bald ermittelt: es liegt am Präsidenten. In solcher Lage hat der systemische Ansatz rasch ausgedient. Es ist nicht Mangel an Wertschätzung, wenn man auch die Verdienste eines guten Präsidenten vernetzt würdigt und ihn nicht zum alleinigen Schöpfer aller guten Dinge, welche der Verband hervorgebracht hat, emporstilisiert. Im Tagebuch 1946–1949 macht sich Max Frisch Gedanken zum Lesen und beschreibt die Wechselwirkung von Büchern und Lesenden. Es ist gar nicht abwegig, ein paar Gedanken von Max Frisch zu übertragen auf die Wechselwirkungen von Präsidenten, Verbandsgremien und Verbandsmitgliedern:

«Was zuweilen am meisten fesselt, sind Bücher, die zum Widerspruch reizen, mindestens zum Ergänzen: – es fallen uns hundert Dinge ein, die der Verfasser nicht einmal erwähnt, obschon sie immerzu am Wege liegen, und vielleicht gehört es überhaupt zum Genuss des Lesens, dass der Leser vor allem den Reichtum seiner eigenen Gedanken entdeckt. Mindestens muss ihm das Gefühl erlaubt sein, das alles hätte er selber sagen können. Es fehlt uns nur die Zeit, oder wie der Bescheidene sagt: Es fehlen uns nur die Worte. Und auch das ist eine

holde Täuschung. Die hundert Dinge nämlich, die dem Verfasser nicht einfallen, warum fallen sie mir selber erst ein, wenn ich ihn lese? Noch da, wo wir uns am Widerspruch entzünden, sind wir offenbar die Empfangenden. Wir blühen aus eigenen Zweigen, aber aus der Erde eines andern. Jedenfalls sind wir glücklich. Wogegen ein Buch, das sich immerfort gescheiter erweist als der Leser, wenig Vergnügen macht und nie überzeugt, nie bereichert auch wenn es hundertmal reicher ist als wir. Es mag vollendet sein, gewiss, aber es ist verstimmend. Es fehlt ihm die Gabe des Gebens. Es braucht uns nicht. Die andern Bücher, die uns mit unseren eigenen Gedanken beschenken, sind mindestens die höflicheren; vielleicht auch die eigentlich wirksamen. Sie führen uns in den Wald, wo sich die Wege in Sträuchern und Beeren verlaufen, und wenn wir unsere Taschen gefüllt sehen, glauben wir durchaus, dass wir die Beeren selber gefunden haben.»

Überfliegen wir die letzten zehn Jahre der SKOS, so ist nicht mit Bestimmtheit auszumachen, wer wann aus eigenen Zweigen blühte und wer unsere Taschen füllte. Bald waren die Mitglieder die Erde, die es dem Präsidenten oder den leitenden Gremien ermöglichte, aus eigenen Zweigen zu blühen; dann war es vielfach auch der Präsident, der mit seiner Erde dem Verband und den Gremien zum eigenen Blühen verhalf. Wie dem auch im Einzelnen sei, eines ist für uns gewiss: Im Verband ist in den letzten zehn Jahren die Gabe des Gebens gut und schön gepflegt worden. Das war aber nur möglich, weil ein Präsident nicht alles an sich gerissen hat und sich nicht immerfort als gescheiter erweisen wollte.

*Othmar Aregger, Luzern
Michael Hohn, Bern*

Ausweitung der Ergänzungsleistungen für Piller denkbar

SKOS-Tagung «Zukunft der Sozialhilfe» in Freiburg

«Wir müssen wieder kämpferischer werden», forderte Otto Piller, Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherung BSV an der Fachtagung «Zukunft der Sozialhilfe» in Freiburg. Die Sozialversicherungen seien weit anpassungsfähiger als dies oft behauptet werde. Piller kann es sich vorstellen, die Ergänzungsleistungen für neue Armutsschichten auszuweiten.

Eine Fachtagung für Sozialverantwortliche der Kantone, der Städte und der Bundesämter wird fester Bestandteil des Jahresprogramms der SKOS. Um die «Zukunft der Sozialhilfe» wurde in Freiburg Anfang Mai diskutiert. Im ersten Teil wurde ein Blick über die Grenzen, auf die aktuellen sozialpolitischen Fragen der Nachbarländer geworfen.

Österreich: bedarfsabhängig oder nicht?

Der Ökonom Prof. Christoph Badelt aus Wien zeigte Gemeinsamkeiten zwischen der sozialen Sicherheit in der Schweiz und Österreich auf: Grundpfeiler des österreichischen Systems sind die Bindungen der Sozialversicherungen an die Erwerbsarbeit und an die Ehe. Die Sozialhilfe liegt in der Kompetenz der neun Bundesländer. Ihre Leistungen reichten, so Badelt, zu nicht viel mehr als zum «Schutz vor dem Verhungern». Rund 100'000 Personen werden durch die Sozialhilfe unterstützt und dafür 1997 rund 27 Mia. Schilling ausgegeben. Für die Sozialversicherungen wurden hingegen etwa 400 Mia. Schilling aufgewendet. In

keinem andern Bereich sind in den letzten Jahren die Ausgaben aber so stark angestiegen wie in der Sozialhilfe: um rund 20 Prozent in den letzten vier Jahren.

Zunehmend gewinnen die bedarfsabhängigen Sozialleistungen, z.B. die Notstandshilfe für ausgesteuerte Arbeitslose und die Ausgleichszulagen für Pensionierte, an Bedeutung. Sollen über Steuern finanzierte Sozialleistungen allen zugute kommen oder nur jenen, die wirklich auf die Sozialleistungen angewiesen sind? Um die Frage «bedarfsabhängig oder nicht?» dreht sich die aktuelle Diskussion in Österreich hauptsächlich. Dagegen wird, so Badelt, in Österreich kaum ernsthaft in Betracht gezogen, bisher steuerfinanzierte Leistungen neu nach dem Versicherungsprinzip umzugestalten.

Frankreich: Soziales lohnt sich

Die soziale Sicherheit koste zu viel und die Sozialhilfe mache die Menschen träge: Gegen diese Meinung setzte sich Alain Euséby, Professor in Grenoble, eloquent zur Wehr. Unbill drohe den europäischen Gesellschaften nicht durch die sozialen Lasten, sondern durch das Gatt, die Globalisierung des Welthandels und insbesondere der Kapitalströme. «Die soziale Sicherheit ist nicht zu teuer», betonte der Ökonom. In Europa verfügten die reichsten Länder über das am weitesten ausgebaute soziale Netz. Frankreich wendet 30 Prozent des Bruttoinlandproduktes für die soziale Sicherheit auf. «Diese 30 Prozent verschwinden nicht, sondern fließen in den wirtschaftlichen

Kreislauf zurück», sagte Euséby. Die Sozialausgaben stützen seiner Ansicht nach die Volkswirtschaften und glätten die Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern des Globalisierungsprozesses, der «uns tyrannisiert». Die Ökonomie sollte, so Euséby, den Menschen dienen; heute sei es aber oft umgekehrt. Der Nutzen der sozialen Sicherheit könne häufig nicht direkt gemessen und quantifiziert werden. Der Ausschluss grosser Teile der Gesellschaft berge sozialen Sprengstoff. Darum ist für Euséby klar: «Wir haben die soziale Sicherheit so nötig wie nie.»

Deutschland: Reformieren

Warnfried Dettling, Publizist und früherer CDU-Politiker, verglich den heutigen gesellschaftlichen Wandel in den mitteleuropäischen Staaten mit dem Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft. Globalisierung, Automatisierung, Familien- und Wertewandel, Migration sind seine Stichworte zur grossen Umgestaltung der Gesellschaft. «Das Rad der Zeit zurückzudrehen ist nicht möglich – und auch nicht wünschenswert», meinte Dettling. Die Erwerbsarbeit werde an Bedeutung verlieren und die (männliche) ungebrochene berufliche Normalbiografie bald der Vergangenheit angehören. Das System des sozialen Ausgleichs der Zukunft müsse sich an drei Grundsätzen orientieren:

- an der Individualisierung
- am Wettbewerbs- und Kostendruck der globalisierten Wirtschaft
- an der Wahl- und Handlungsfreiheit (Eigenverantwortung) der Menschen.

Das garantierte Grundeinkommen oder Revenue minimum d'existence (RME) kommt für den CDU-Politiker einer Ent-

mündigung der Menschen gleich. «Nur ein Sozialstaat, von dem die grosse Breite der Gesellschaft profitiert, wird mitgetragen», gab er zu bedenken. Nichtsdestotrotz sagte er gleich anschliessend, vom Ziel der Sicherung des Lebensstandards müsse Abstand genommen werden (was vor allem den Mittelstand trifft). Folgende Tendenzen seien bei der Umgestaltung des Systems der Sozialen Sicherheit in Deutschland zudem zu beachten: Wechsel zu einem 3-Säulen-Konzept in der Sicherung des Alters, Entlastung der Arbeitseinkommen und Einbezug neuer Finanzierungsquellen, mehr Wahlfreiheit für die Versicherten durch Versicherungspflicht statt Pflichtversicherung und eine neue Aufgabenteilung zwischen Staat, Gesellschaft und dem Einzelnen, d.h. mehr Gewicht für die Freiwilligenarbeit. Schliesslich plädierte Dettling dafür, die soziale Sicherheit stärker lokal oder regional zu verankern und den Betroffenen am Ort massgeschneiderte Angebote zu machen, statt die Unterprivilegierten etatistisch zu verwalten.

Zukunft der Sozialhilfe

Die Schweiz muss sich ähnlichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen stellen wie die Nachbarländer. Dies zeigte Andrea M. Ferroni in seinem Referat zur «Zukunft der Sozialhilfe» auf, das sich auf das in der «ZeSo» (Nummer 5/99) bereits veröffentlichte Positionspapier der SKOS der stützte. Wird den laufenden Entwicklungen nicht Einhalt geboten, so verliert die Sozialhilfe ihre subsidiäre, auf den Einzelfall ausgerichtete Rolle, und muss statt dessen eine komplementäre Funktion im System der sozialen Sicherheit übernehmen.

Wohin das Schiff «Sozialstaat Schweiz» steuern soll, diskutierten anschliessend unter der Leitung von Walter Schmid, Zürich: Otto Piller, BSV-Direktor; Regierungsrat Richard Camenzind, Schwyz; Carlo Knöpfel, Caritas Schweiz; Marie-Thérèse Maradan, Gemeinderätin und Vorsteherin des Sozialamtes der Stadt Freiburg, und Martino Rossi, Vorsteher des Amtes für Sozialhilfe des Kantons Tessin.

Ausweitung der EL

Die Sozialversicherungen sind nach BSV-Direktor Otto Piller weit anpassungsfähiger, als dies oft behauptet werde. Die Sozialversicherungen müssten die tragenden Säulen der sozialen Sicherung bleiben und entsprechend dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel angepasst werden. «Warum weiten wir das Instrument Ergänzungsleistungen nicht aus? Was hindert uns daran, neue Armutsschichten einzubeziehen? Ich persönlich kann mir das gut vorstellen», sagt der BSV-Direktor. Mit den Sozialversicherungen habe der Bürger, die Bürgerin Rechte erhalten und die Bettelei sei verschwunden. In Otto Pillers Zukunftsvisionen hat deshalb die Sozialhilfe weiterhin nur eine subsidiäre, ergänzende Funktion.

Nach Marie-Thérèse Maradan sind die Gemeinden und Städte der Not gehorchend längst aktiv geworden. Die von Warnfried Dettling favorisierten Lösungen auf regionaler Ebene reichten aber nicht aus, um die Folgen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels aufzufangen. Auch in Freiburg gibt es immer mehr Menschen, die voll arbeiten, und trotzdem unterstützt werden müssen. Ein Bundesrahmengesetz zur Sozialhilfe ist ihrer Ansicht nach dringend.

«Wenn es so weiter geht, kommt es zur Kantonalisierung der Armut» fürchtete Regierungsrat Richard Camenzind. Die Gemeinden stöhnten unter den Soziallasten. Eine bessere Koordination der verschiedenen Zweige der Sozialversicherungen sei dringend. Resultate würden am ehesten erreicht, wenn von unten nach oben reformiert werde und die verschiedenen Stellen auf regionaler und kantonaler Ebene vernetzt würden.

Martino Rossi brachte die Thesen seines Buches «Ripensare la solidarietà» in die Diskussion ein. Die Delegation des Grundrechtes auf ein soziales Existenzminimum über die Sozialhilfe an die Kantone ist für ihn fragwürdig. Das von ihm vorgeschlagene Modell orientiert sich nicht wie die Sozialversicherungen an den «durchschnittlichen Bürgern und Bürgerinnen», sondern an den am stärksten Benachteiligten. Es umfasst drei Elemente:

- Grundleistung: Wer aus objektiven Gründen kein Erwerbseinkommen erzielen kann, erhält eine existenzsichernde, über Steuern finanzierte Grundleistung, z.B. Kranke, Behinderte, junge Eltern, Rentnerinnen und Rentner.
- Obligatorische Versicherungen (gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall usw.) ergänzen die Grundleistung, decken aber noch nicht den ganzen Lohn.
- Individuelle Vorsorge zur Sicherung des Lebensstandards: Auf dieser Ebene werden auch die Pensionskassen von Firmen angesiedelt.

Dänemark hat, so Rossi, bereits ein garantiertes, über Steuern finanziertes Mindesteinkommen eingeführt. Dank der Finanzierung über Steuern tragen auch Kapitalgewinne und wohlhabende Rentnerinnen und Rentner zur Finan-

zierung bei. Dies habe sich belebend auf die Wirtschaft des Landes ausgewirkt.

Diskussionsleiter Walter Schmid konfrontierte die Diskussionsteilnehmer mit der Frage, wie sich ein ausgedehnter zweiter und dritter Arbeitsmarkt auf die Betroffenen auswirke. Er verwies dazu auf das Beispiel Grossbritanniens: Unter Margareth Thatcher stieg die Regierung über die am Boden liegenden Obdachlosen hinweg. New Labour nimmt sie an der Hand, sagt ihnen aber auch gleich, wo's lang geht.

Das Ziel «Vollbeschäftigung» ist nach Otto Piller kein leicht antiquierter frommer Wunsch, sondern steht so in Art. 41 (unter den Sozialzielen) in der neuen Bundesverfassung: «Bund und Kantone setzen sich in Ergänzung zu persönlicher Verantwortung und privater Initiative

dafür ein, dass Erwerbsfähige ihren Lebensunterhalt durch Arbeit zu angemessenen Bedingungen bestreiten können.»

«Wie viele Personen müssen von einem Lohn leben können», fragte Carlo Knöpfel. Löhne, von denen «man» leben könne, seien zum Teil eine Fiktion, weil eine Arbeiterfamilie mit einem Einkommen allein nicht durchkomme. Nötig seien auch Schritte in der Familien- und Bildungspolitik, z.B. mehr Tageschulen. Wenn in der Sozialhilfe das Prinzip «Leistung – Gegenleistung» überbetont werde, drohe die Gefahr, dass die Integrationsprogramme zu Beschäftigungstherapien verkämen. Nach Knöpfel kostet die Integration in den ersten Arbeitsmarkt zwar vorerst mehr, ist aber insgesamt lohnender.

cab

Neues Forschungsprogramm «Probleme des Sozialstaates»

Eben schreibt der Nationalfonds das neue Forschungsprogramm «Probleme des Sozialstaates» aus. Laut Zielsetzung soll das Programm die «interdisziplinäre Forschung in bisher vernachlässigten Bereichen der Sozialpolitik intensivieren». Dazu gehören nach Angaben von Christian Mottas, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Nationalfonds:

- alternative Ansätze der sozialen Sicherung
- die Menschen mit einer Behinderung in der Schweiz
- die Erwerbslosigkeit
- das Gesundheitswesen.

Das Programm soll in erster Linie «Grundlagen für mittelfristig anstehen-

de sozialpolitische Entscheide» erarbeiten sowie statistische Grundlagen im Hinblick auf eine spätere Nutzung zur Verfügung stellen. Für zirka 25 Projekte stehen rund 10 Millionen Franken zur Verfügung. Präsident der Leitungsgruppe ist Ludwig Gärtner vom Bundesamt für Sozialversicherung. HauptadressatInnen der Ausschreibung sind laut Mottas universitäre Forschungsgruppen, wobei Forscherinnen gefördert werden sollen, sowie private Forschungsbüros. Eingabetermin für die 5seitige Projektskizze ist der 11. Oktober 1999.

gem

Auskunft und Unterlagen: Schweizerischer Nationalfonds, Sekretariat Tel. 031/308 22 22; Unterlagen und Formulare sind auch verfügbar unter: www.snf.ch-programm